



22. Juni 2026

Material zur Bundespressekonferenz
„Kommunen am Limit“

Beispiele für Spar- und Konsolidierungsmaßnahmen in ausgewählten Städten

Derzeit schafft es kaum noch eine Stadt, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Kürzungen, Verschiebungen oder Absagen von städtischen Projekten sind die Folge. Dieser Sparzwang betrifft alle Städte und ihre Bürgerinnen und Bürger.

Der Deutsche Städtetag hat seine Mitgliedsstädte zu geplanten oder bereits umgesetzten Spar- und Konsolidierungsmaßnahmen befragt. In den folgenden Listen sind einige Beispiele für bereits umgesetzte oder geplante Sparmaßnahmen zusammengefasst, die unsere Mitgliedstädte uns gemeldet haben. Außerdem wurden detailliertere Spar- und Konsolidierungsmaßnahmen aus verschiedenen Städten abgefragt.

Übersicht

- | | |
|---|----------|
| → Woran müssen die Städte bereits jetzt sparen? | 2 |
| → Was prüfen die Städte derzeit, um ihre Haushalte noch weiter zu entlasten? | 3 |
| → Spar- und Konsolidierungsmaßnahmen in Mitgliedsstädten | 4 |

Woran müssen die Städte bereits jetzt sparen?

Nennungen aus den Mitgliedsstädten

Bildung und Jugend

- Sanierung und Modernisierung von Schulen und Kitas
- Schulsozialarbeit
- Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit

Infrastruktur und Stadtentwicklung

- Sanierung von Straßen und Radwegen
- Investitionen in Schulen, Kitas, Verwaltungsgebäude und Sporteinrichtungen
- Einrichtung eines neuen Verwaltungsstandorts zur Vermeidung langfristiger Mietkosten

Soziales und gesellschaftlicher Zusammenhalt

- Förderung sozialer Einrichtungen
- Erweiterung von Kapazitäten in der Obdachlosenhilfe
- finanzielle Unterstützungsleistungen für Bürgerinnen und Bürger

Klima, Energie und Nachhaltigkeit

- Energetische Sanierungen trotz langfristiger Einspareffekte
- Ausbau von Photovoltaik und kommunaler Windenergie
- Maßnahmen zur Klimaanpassung

Kultur, Sport und Freizeit

- Öffnungszeiten von Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen
- Kulturförderung
- Förderung von Sportvereinen
- Organisation eigener Veranstaltungen, Feste und Kulturfestivals
- Reaktivierung historischer Gebäude als Kultur- und Begegnungsorte
- Neubau eines Museumsdepots zur fachgerechten Unterbringung von Kunst- und Kulturgütern

Verwaltung, Sicherheit und Daseinsvorsorge

- Personal
- Serviceleistungen für Bürgerinnen und Bürger
- Maßnahmen im Bereich Ordnung und Sicherheit
- Winterdienst

Was prüfen die Städte derzeit, um ihre Haushalte noch weiter zu entlasten?

Nennungen aus den Mitgliedsstädten

Bildung und Familie

- Erhöhung von Kita-Gebühren
- Kürzung bei der Kita-Förderung der Kitas (Ausbau, Betriebskosten und Essensversorgung)
- Schulräume auch für Hortangebote nutzen
- Entfall der kostenlosen Mittagsversorgung für Kinder von Auszubildenden und Studierenden

Demokratie und Bürgerbeteiligung

- Reduzierung der Anzahl der Stadträte (innerhalb des gesetzlich vorgegebenen Rahmens)
- Reduzierung der Anzahl der Stadtteile mit Ortschaftsverfassung und damit der Zahl der Ortschaftsräte
- Aussetzung des Bürgerhaushalts und damit weniger Bürgerbeteiligung

Klima, Energie und Nachhaltigkeit

- Forcierung der Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED
- Kürzung der Zuschüsse für private Investitionen in Energiespar- und Umweltschutzmaßnahmen

Kultur, Sport und Freizeit

- Schließung von Einrichtungen in den Bereichen Sport, Kultur und Soziales
- Erhöhung von Eintrittsgeldern in Museen und Bädern
- Kürzere Laufzeiten bei Brunnen und städtischen Wasserspielen
- Senkung der Wassertemperatur in städtischen Schwimmbädern und Freibädern

Soziales und gesellschaftlicher Zusammenhalt

- Kürzung der ambulanten Sucht- und Drogenhilfe
- Kürzungen bei der Schuldnerberatung
- Reduzierung spezieller Leistungen für bedürftige Familien

Steuern, Gebühren, kommunale Einnahmen

- Erhöhung von Parkgebühren
- Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer
- Anpassung von Gebühren und Beiträgen für Menschen mit Wohnsitz außerhalb der Stadt
- Einführung einer Zweitwohnungssteuer
- Erhöhung kommunaler Steuern (z. B. Grundsteuer B, Hundesteuer, Vergnügungssteuer)
- Steigerung von Gewinnausschüttungen kommunaler Unternehmen

Verwaltung und Organisation

- Desk-Sharing und effizientere Nutzung von Büroräumen
- Reduzierung der Reinigungskosten
- Absenkung der Besetzungsquote auf 90 Prozent
- Austritt aus dem kommunalen Arbeitgeberverband

Spar- und Konsolidierungsmaßnahmen in Mitgliedsstädten

Cottbus/Chósebus. Im Bereich Personal werden beginnend ab 2025 jährlich 28 Vollzeitäquivalente abgebaut – über den gesamten Zeitraum von 2025 bis 2028 ergibt sich damit eine kumulierte Reduzierung von 112 Stellen; die Einsparung im Bereich der Personalaufwendungen beträgt ca. 8,2 Millionen Euro. Das hat Auswirkungen auf das Leistungsvermögen der Stadtverwaltung. Darüber hinaus wurden beispielsweise die Gebühren für den Parkraum/Anwohnerparken erhöht. Hohe Haushaltsbelastungen bestehen durch den aufgelaufenen Investitionsstau von ca. 2 Milliarden Euro, der die Bereiche Kernverwaltung, Eigenbetriebe und ÖPNV gleichermaßen betrifft. Aus den Ergebnissen des Zensus ist eine dauerhafte jährliche Mehrbelastung des Haushalts in Höhe von ca. 6 Millionen Euro zu verzeichnen.

Landeshauptstadt Dresden. Die Landeshauptstadt war seit 20 Jahren schuldenfrei und konnte aus eigener Kraft auf hohem Niveau investieren: So wurden Schulen und Kitas gebaut, Brücken und Straßen saniert. Nun muss die Stadt jedoch erstmals wieder Kredite aufnehmen, um unverzichtbare Straßen- und Brückenbauten zu stemmen. Aufgrund der Schieflage in der Finanzierung des ÖPNV, verursacht durch Bund und Land, fahren Busse und Straßenbahnen seltener. Zudem mussten Förderungen in praktisch allen gesellschaftlichen Bereichen von Jugend über Kultur bis zum Sport reduziert werden.

Halle (Saale). Die Stadt steht seit Jahren unter erheblichem finanziellem Druck. In den vergangenen beiden Jahren hat sich die Lage jedoch deutlich verschärft. Rückläufige Steuereinnahmen, geringere Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich sowie stark steigende Ausgaben insbesondere für soziale Leistungen, Kitas und Personal führen zu einem erwarteten Defizit von rund 138 Millionen Euro im Jahr 2026. Die Stadt ist deshalb gesetzlich verpflichtet, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen und fortzuschreiben. Die Folgen sind bereits spürbar: Die Stadt hat 43 Stellen in der Verwaltung abgebaut, Elternbeiträge für die Kindertagesbetreuung erhöht, den Zuschuss für den ÖPNV reduziert sowie verschiedene Steuern und Abgaben angehoben. Darüber hinaus werden kommunale Unternehmen stärker zur Haushaltskonsolidierung herangezogen und Sportvereine künftig an den Betriebskosten kommunaler Sportanlagen beteiligt.

Landeshauptstadt Hannover. Zu Beginn des Jahres traten in der Landeshauptstadt eine erhöhte Grundsteuer (um 100 auf 700 Hebesatzpunkte) sowie erstmals eine Beherbergungssteuer in Kraft. Beide schmerzhaften Maßnahmen sind Bestandteile des Haushalts-sicherungskonzepts XI. Einer aus Sicht der Verwaltung erforderlichen Schließung von Einrichtungen (Bibliothek, Schwimmbad) hat der Rat bislang nicht zugestimmt.

Krefeld. Krefeld hat viele Projekte zurückgestellt, die dringend erforderlich wären. So wird vorerst auf den Bau einer zweiten Berufsfeuerwache verzichtet. Neubauten von Kitas sind nicht mehr eingeplant, obwohl bereits viel Vorarbeit investiert wurde. Auch die Sanierung maroder Bäder und Sporthallen wurde gestoppt.

Leipzig. Die angespannte Haushaltslage zwingt Leipzig dazu, dringend notwendige Investitionen zu verschieben oder ganz aufzugeben. So wurde der geplante Neubau von Volkshochschule und Musikschule am Wilhelm-Leuschner-Platz mit einem Investitionsvolumen von rund 200 Millionen Euro vorerst gestoppt. Auch in der Bildungsinfrastruktur müssen wichtige Vorhaben zurückgestellt werden, darunter die Sanierung von Schulen und Kitas. Darüber hinaus sind Kultur- und Freizeiteinrichtungen betroffen, darunter die Sanierung des Sommerbades Schönefeld. Gleichzeitig fehlen im Bereich der Verkehrsinfrastruktur jährlich mindestens 20 Millionen Euro, sodass selbst auf wichtigen Verkehrsachsen und beim Ausbau von Rad- und Fußwegen Projekte verschoben werden müssen.

Ludwigshafen am Rhein. Die Stadt steht vor einer strukturellen Finanzierungslücke. Den jährlichen Erträgen fehlen derzeit rund 50 bis 80 Millionen Euro. Gleichzeitig hat sich das strukturelle Defizit im Sozialbereich zwischen 2016 und 2026 um rund 120 Millionen Euro erhöht. Bereits 2023 haben Verwaltung und Stadtrat gemeinsam beschlossen, den damaligen Jahresfehlbetrag von 31 Millionen Euro innerhalb von zehn Jahren schrittweise abzubauen und einen Haushaltsausgleich zu erreichen. Im Juni 2025 stellte der Stadtrat jedoch einstimmig fest, dass ein Haushaltsausgleich unter den aktuellen Rahmenbedingungen nicht erreichbar ist, solange Bund und Land die den Kommunen übertragenen Aufgaben nicht auskömmlich finanzieren. Die Stadt bereitet daher eine Konnexitätsklage gegen das Land Rheinland-Pfalz vor.

Zu den Konsolidierungsmaßnahmen in Ludwigshafen gehören die Anpassung der Öffnungszeiten in den Bädern, Einsparungen bei der Straßenbeleuchtung sowie Erhöhungen der Grundsteuer B, der Hundesteuer und der Vergnügungssteuer. Dennoch ist ein Haushaltsausgleich unter den aktuellen Rahmenbedingungen nicht erreichbar.

Landeshauptstadt Magdeburg. Die Landeshauptstadt spart vor allem beim eigenen Personal. Seit fast zwei Jahren gibt es eine vorübergehende Sperre für die Besetzung von vakanten und freiwerdenden Stellen in der Verwaltung. Einerseits werden damit vergleichsweise größere Summen eingespart, andererseits steigen dadurch die Belastungen in der Mitarbeiterschaft. Zudem mussten in der Vergangenheit Haushaltssperren verhängt werden, damit sich die finanzielle Situation nicht noch zusätzlich verschärft. Gleichzeitig werden konsequent Konsolidierungsmaßnahmen umgesetzt. In jüngster Zeit wurden u. a. Eintrittsgelder für Kultureinrichtungen sowie die Parkgebühren und die Hundesteuer erhöht und eine Beherbergungssteuer eingeführt. Letztlich wird die strukturelle Unterfinanzierung der Kommune damit nur gemildert, aber nicht behoben.

Hansestadt Rostock. Der Personalbestand der Kernverwaltung von knapp 2700 Stellen wurde Mitte 2025 gedeckelt. Der Hebesatz der Grundsteuer B wurde erhöht. Die Gebühren für Bewohnerparken werden deutlich steigen.

Landeshauptstadt Saarbrücken. Die Landeshauptstadt verfolgt einen konsequenten Konsolidierungskurs, ohne die Handlungsfähigkeit zu gefährden. Dazu werden ausgewählte Aufwandsbudgets pauschal um 5 Prozent reduziert, zusätzliche Aufgaben grundsätzlich innerhalb bestehender Budgets umgesetzt und freiwillige Leistungen regelmäßig auf Einsparpotenziale überprüft. Zudem werden Gebühren regelmäßig angepasst, die Zweitwohnungssteuer angehoben und zur Gegenfinanzierung der Aufwendungen für die Tourismusförderung eine Beherbergungssteuer erhoben.

Landeshauptstadt Stuttgart. Das Stuttgarter Jahresergebnis 2025 ist mit minus 700 Millionen Euro historisch schlecht. Die Stadt hat alle Rücklagen aufgelöst, die Budgets gekürzt, Investitionen geschoben und die Stellenbesetzung im Freiwilligkeitsbereich gestoppt. Dennoch sind 2026/27 Kredite von 848 Millionen Euro nötig. Die Konsolidierung umfasst bis 2031 rund eine Milliarde Euro.

Zwickau. 2025 schlug im Saldo aus der laufenden Verwaltungstätigkeit ein dickes Minus von 21 Millionen Euro zu Buche; im laufenden Jahr beträgt das Defizit bereits 8 Millionen Euro. Die sich zuspitzende Finanzlage machte die Erarbeitung eines Haushaltsstrukturkonzepts erforderlich, das über 100 Einzelmaßnahmen enthält und Effekte von rund 10 Millionen Euro im Jahr bringt. Die Bürger bekommen dies z. B. durch die Erhöhung von Parkgebühren oder durch höhere Eintrittsgelder zu spüren.



**KOMMUNEN
AM LIMIT**